

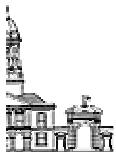


www.eu2004.ie

Dublin Action Agenda

On the Prevention of Violent Conflict

Angenommen von der Europäischen Konferenz
zur „Rolle der Zivilgesellschaft bei der Vorbeugung bewaffneter Konflikte“
Dublin Castle, Dublin, 31. März – 2. April 2004



© April 2004, Europäisches Zentrum für Konfliktprävention

Deutsche Fassung: Bund für Soziale Verteidigung, Minden / forum Ziviler Friedensdienst, Bonn,
unter Mitwirkung von Ingrid von Heiseler

A. Einführung

Die "Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict" [Globale Partnerschaft für die Prävention bewaffneter Konflikte] (GPPAC)¹ wurde, einem Aufruf des UN-Generalsekretärs folgend, gegründet, um der Rolle der Zivilgesellschaften bei der Entwicklung wirksamer Aktionen zur Prävention und Transformierung von Gewaltkonflikten mehr Gewicht zu geben und um die Beziehungen der Zivilgesellschaften zu Regierungen, den regionalen UN-Organisationen wie der Europäischen Union (EU), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSCE) und dem Europäischen Rat zu stärken.

Um sicherzustellen, dass viele verschiedene Perspektiven einbezogen werden, organisiert die GPPAC fünfzehn regionale Konferenzen, von denen jede einzelne eine Aktions-Agenda entwickeln wird, die dann das Material für eine globale Aktions-Agenda zur Rolle der Zivilgesellschaft bei der Konfliktprävention liefert. In diesem Rahmen hat die westeuropäische Regionalkonferenz² vom 31. März bis 2. April 2004 in Dublin die folgende „Dublin Action Agenda“ beschlossen. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen (CSOs)³ haben dazu beigetragen.

Die Dublin Action Agenda gibt die Ergebnisse eines auf Konsens zielenden Prozesses wieder, der zwischen mehr als 200 Teilnehmern – CSOs, Regierungen und multilateralen Organisationen – stattfand. In der Agenda werden die gemeinsamen Grundlagen von europäischen CSOs, die sich der Konfliktprävention verschrieben haben, formuliert und Schlüssel-Empfehlungen für die Stärkung strategischer Partnerschaften zur Prävention von gewaltsam ausgetragenen Konflikten und zum Aufbau einer Kultur des Friedens gegeben. Sie benennt gemeinsame Ziele und Strategien, um die Nationalregierungen, die multilateralen europäischen Organisationen (besonders die EU) und die UN sowie die CSOs selbst dazu zu veranlassen, sich stärker auf Konfliktvorbeugung und Friedenssicherungs-Politik auszurichten.

Viele dieser Institutionen haben sich zur Förderung der Agenda und zur aktiven Beteiligung der CSOs bei diesem Prozess bekannt. Das gibt uns die reale Gelegenheit, Einfluss zu nehmen.

Die Dublin Action Agenda wurde am 2. April 2004 der irischen Regierung, die zurzeit die EU-Präsidentschaft innehat, präsentiert. Die Agenda wird maßgeblich zur Entwicklung einer internationalen Aktions-Agenda beitragen, die dem Generalsekretär der Vereinten Nationen im Juli 2005 in New York vorgelegt werden soll.

B. Unsere Ziele

In den letzten Jahren ist die Zahl und Professionalität der verantwortlichen europäischen Non-profit-CSOs, die an Konfliktprävention und Friedenssicherung arbeiten, erheblich gestiegen. Unser Ansatz ist vielgestaltig. Wir befürworten Veränderungen in der Politik, weil wir strukturelle Faktoren, die Konflikte hervorrufen, zur Sprache bringen wollen, und wir wirken mit Partnern in Europa und außerhalb Europas bei der Bearbeitung spezieller Konfliktsituationen zusammen. Unser Ziel ist es, dem Entstehen, der Eskalation und dem Wiederaufbrechen von gewaltsam ausgetragenen Konflikten vorzubeugen und Situationen, die diese bewirken, zu transformieren. Gleichzeitig beschäftigen wir uns mit den vorhandenen Konflikten. Darüber hinaus wenden wir uns zunehmend - da wir lernen, Krisen wirksamer zu bearbeiten - Problemen zu, die sich, wenn sich niemand darum kümmerte, mit

¹ The European Centre for Conflict Prevention [Europäisches Zentrum für Konfliktprävention] (ECCP) leitet gegenwärtig das Sekretariat der GPPAC.

² Gemeint ist die um Norwegen und die Schweiz erweiterte EU.

³ Zivilgesellschaft umfasst Nicht-Regierungs- und kommunale Organisationen, Frauenvereinigungen, Jugendorganisationen, Vertretungen von Minderheiten und indigenen Völkern, Vereinigungen von Behinderten und Alten, Gewerkschaften (Arbeiterkollektive), religiöse Organisationen und, neben anderen, die Medien.

der Zeit zu Ursachen gewaltsamer Konflikte entwickeln würden. Wir schaffen effektive multilaterale Präventions-Partnerschaften, um den Beitrag der CSOs innerhalb eines gestärkten internationalen und nationalen Systems zu erhöhen, damit wir gemeinsam die Jahrtausend-Entwicklungsziele - menschliche Sicherheit und dauerhaften Frieden - erreichen.

Wir wollen, dass die legitime Rolle der Zivilgesellschaft in Friedens- und Sicherheitsfragen anerkannt wird. Zur effektiveren Konfliktprävention sind Partnerschaften zwischen Regierungen, Internationalen Regierungsorganisationen / Intergovernmentalen Organisationen (IGOs), der EU und solchen CSOs notwendig, die sich für relevante- Verhaltenskodexe verantwortlich fühlen. Wichtig ist, dass CSOs nicht als Einrichtungen betrachtet werden, die die Anweisungen anderer ausführen. Stattdessen sollten sie als Partner angesehen werden, die wertvolle Beiträge zu Politikentwürfen, bei der Umsetzung von Programmen und der Bereitstellung von Informationen leisten. Wir schlagen vor, dass Regierungen, IGOs, die EU und internationale Finanzinstitutionen (IFIs) auf ein Engagement von CSOs innerhalb der Institutionen hinarbeiten, indem sie formale Mechanismen entwickeln, mit deren Hilfe die Fähigkeiten der CSOs sich nutzbringend in bezug auf sorgfältiges Durchdenken, Beraten und Realisieren bei der Programmplanung, Umsetzung und Evaluation auswirken können.

Die GPPAC arbeitet daran, die Friedens- und Sicherheits-Netzwerke der Zivilgesellschaft zu stärken, indem sie örtliche und globale Aktionsebenen miteinander verbindet. Dies unterstützt wiederum das Potential für Solidaritätsarbeit und die globale Mobilisierung zur Stärkung von Friedens-Kapazitäten.

C. Leitende Prinzipien – Woran wir glauben

1. Wechsel hin zur Prävention

Wenn wir Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert befördern wollen, müssen wir umdenken und unsere Reaktionen auf die Herausforderung, die Gewaltkonflikte darstellen, grundsätzlich ändern. Unser wichtigstes Anliegen ist es, dem Auftreten von gewaltsamen Auseinandersetzungen vorbeugen und damit auf menschlicher und wirtschaftlicher Ebene die enormen Kosten für einen Krieg zu vermeiden. Wir glauben, dass CSOs großen Einfluss darauf ausüben können, dass ein Wechsel von der ‚Reaktion‘ hin zur ‚Prävention‘ und allgemeinen Transformation stattfindet.

Obwohl es in Kapitel VI der UN-Charta heißt, dass die Vorbeugung von Gewaltkonflikten im Vordergrund stehen müsse, wird die allgemeine Sicherheit weitgehend noch dadurch angestrebt, dass man auf gewaltträchtige Krisen nur reagiert, anstatt ihnen zuvorzukommen. Wenn wir auf solche Krisen erst reagieren, wenn es bereits zu spät ist, können sie meist nicht mehr ohne den Einsatz von Gewalt bewältigt werden. Stattdessen müssen wir uns auf die grundlegenden Ursachen der Konflikte und die Faktoren konzentrieren, die sie in der Folge zu tödlichen Auseinandersetzungen werden lassen. Nicht-militärische Prävention wird das Bedürfnis, Gewalt einzusetzen, überflüssig machen. Zwar gibt es jeweils nicht nur einen einzigen Grund dafür, dass Gewaltkonflikte ausbrechen, die Erfahrung zeigt jedoch, dass die meisten Kriege in Ländern mit niedriger Entwicklungsrate und schwachem Regierungssystem geführt werden.

Alle Bemühungen der Gewaltvorbeugung bedürfen einer Stärkung der Systeme zur friedlichen Bearbeitung konkurrierender Interessen, der Infragestellung des Missbrauchs staatlicher Gewalt, der Einhaltung der Menschenrechte, der Förderung humanitärer Werte und der Ausrichtung der Ressourcen auf die Erfüllung der menschlichen Grundbedürfnisse. Aus unserer Sicht sind einige der Strategien kontra-produktiv, die beim „Krieg gegen den Terror“ zur Anwendung kommen, auch weil sie dadurch, dass sie weitere Teufelskreise der Gewalt in Gang setzen, am Ende zur eignen Niederlage führen werden. Der „Krieg gegen den Terror“ könnte sogar als Deckmantel dafür benutzt werden, dass CSO-Akteure - auch die, die die Menschenrechte fördern - ausgeschaltet werden.

2. Aufbau einer ‘Kultur der Prävention-’ und einer ‘Kultur des Friedens’

Der Schlüssel zur Förderung nachhaltigen Friedens und nachhaltiger Sicherheit über einen größeren Zeitraum ist die Schaffung einer ‘Kultur der Prävention’ und einer ‘Kultur des Friedens’, sowohl von unten nach oben als auch von oben nach unten. Dafür ist es nötig, dass Regierungen und IGOs Konfliktprävention und konstruktive Konfliktbearbeitung zu grundsätzlichen Zielen ihrer Sicherheitsinstitutionen und –instrumente wie auch ihrer übrigen Politik und Programme machen. Um dabei Erfolg zu haben, müssen sie über kurzfristige Anliegen hinausblicken, sie müssen sich wieder an einer Bereitschaft zur Vorbeugung orientieren und sich der Erfüllung der menschlichen Grundbedürfnisse und der Einhaltung der Menschenrechte versichern. Bisher wurde das Gewicht auf die Stärkung der institutionellen Möglichkeiten zum Zweck militärischer Reaktionen gelegt. Heute dagegen muss alles getan werden, um die institutionellen Möglichkeiten zum Zweck gewaltfreier ziviler Reaktionen zu stärken..

Die Bemühungen, eine nachhaltige Kultur des Friedens zu schaffen, müssen tief in der Bevölkerung verwurzelt sein. Wir brauchen einen ganzheitlichen und pluralistischen Ansatz. Friedenserziehung ist ein grundlegendes Element dieser Wandlung. Besondere Aufmerksamkeit sollte darauf gelegt werden, jeden – und vor allem Jüngere – mit lebenslang tragenden Fähigkeiten zur Konfliktbearbeitung auszustatten .Das ist eine schwierige Aufgabe, und die Erziehung in kulturell unterschiedlichen Kommunen muß deshalb besonders feinfühlig sein. Menschen aller Altersgruppen müssen befähigt werden, Agenten der Veränderung zu werden, um Konflikte von den Graswurzeln her anzugehen Wenn das Wissen des Einzelnen über Gewaltprävention und Konflikttransformation wächst, wird es in das allgemeine Bewusstsein eingehen.

3. Sicherheit für Personen wie für Staaten: Menschliche Sicherheit

Indem wir uns als CSOs der Konfliktvorbeugung verschrieben haben, bekennen wir uns zu den wesentlichen Werten des Paradigmas ‚menschliche Sicherheit‘. Wir wollen die Sicherheit der Menschen fördern: ihre körperliche Unversehrtheit, ihr sozio-ökonomisches Wohlergehen, die Achtung vor ihrer Würde und Identität als Einzelne und als Mitglieder von Gemeinschaften, und wir wollen ihre Rechte und Grundfreiheiten schützen und .stärken. Wir erkennen die wichtige Rolle der Frauen bei der Förderung dieses Konzepts an. Unser besonderes Anliegen ist es, verletzbar und benachteiligte ebenso wie diskriminierte Gruppen zu schützen. Wir bekräftigen ausdrücklich, dass wir die Sicherheit des Einzelnen für ebenso wichtig erachten wie die Sicherheit der Staaten. Wir glauben, dass individuelle und nationale Sicherheit sich potentiell gegenseitig verstärken können.

4. Verantwortung für Prävention und für Schutz

Wir teilen die Ansicht der Internationalen Kommission über Intervention und Staatssouveränität, die zu dem Schluss kam, dass die internationale Gemeinschaft die Verantwortung zum Eingreifen hat, wenn Staaten ihre Grundverantwortlichkeiten ihren Bürgern gegenüber nicht erfüllen wollen oder können. Wir begrüßen den Aufruf der Kommission an „alle Mitglieder der Staatengemeinschaft wie die NGO-Akteure und alle Staatsbürger, den Gedanken der Verantwortung für den Schutz als Grundelement im Kodex der Weltbürgerschaft für Staaten und Völker im 21. Jahrhundert anzunehmen“.⁴ Diese Verantwortung muss mit außerordentlicher Achtsamkeit erfüllt werden und darf nur in Übereinstimmung mit den klar definierten Kriterien, wie sie von der Kommission formuliert wurden, wahrgenommen werden.

Keineswegs bedeutet das einen Freibrief für militärische Interventionen. CSOs können eine überaus wichtige Rolle beim nicht-militärischen Schutz, bei der Prävention und bei der Friedenssicherung spielen. Wir begrüßen die Akzeptierung der EU-Richtlinien über ‚Kinder und Bewaffnete Konflikte‘

⁴ ‘Responsibility to Protect’ (‘Verantwortung zu schützen), International Commission on Intervention and State Sovereignty, Department of Foreign Affairs and International Trade, Canadian Government, para 8.33. Zu finden unter: <http://www.dfait-maeci.gc.ca/iciss-clise/report2-en.asp#foreword>

und die Bereitschaft der EU, die Ernennung eines Besonderen Beauftragten für ‚Kinder und Bewaffnete Konflikte‘ zu erwägen.

5. Multilateralismus

Eine so weitgehende Vision von menschlicher Sicherheit kann nur auf der Grundlage wahrhaft kooperativer Bemühungen verwirklicht werden. Nur durch koordinierte Bemühungen und eine koordinierte Politik können die globalen Hauptprobleme wirksam angegangen und von multilateralen Foren gemeinschaftlich entwickelt werden - vor allem durch die UN - und nicht durch einseitige Aktionen. Dieser Ansatz gründet sich auf das Prinzip, dass internationale Normen und Maßstäbe auf alle angewandt und von allen erfüllt werden sollten. Wir rufen unsere Regierungen dazu auf, ihre Verpflichtungen zu erfüllen und die konsequente Einhaltung dieser Maßstäbe durch alle Länder zu fordern. Das kann einer Destabilisierung durch einseitige Aktionen entgegenwirken. Ein wirksames System von Konfliktprävention sollte deshalb innerhalb eines starken multilateralen Rahmens errichtet werden, in dem koordinierte und systematische Reaktionen vorgesehen sind. Wir glauben, dass CSOs eine wichtige Rolle im Zusammenhang mit einem erweiterten Konzept von Multilateralismus spielen können.

6. Neue Partnerschaft für Prävention zwischen Zivilgesellschaft, Regierungen und IGOs

Für eine wirksame Konfliktprävention müssen gut zusammenarbeitende strategische Partnerschaften auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene geschaffen werden. CSOs können Initiativen ins Leben rufen, was Regierungsbeamte oft nicht können, und sind dafür geeignet, eine umfassendere gesellschaftliche Unterstützung von Prävention in Bewegung zu setzen. Die Wirksamkeit einer solchen Partnerschaft hängt von der offiziellen Anerkennung der Legitimität von CSOs ab, die in Friedens- und Sicherheitsangelegenheiten repräsentativ und verantwortlich sind. Ebenso müssen ihre Rolle in der Konfliktvorbeugungs-Partnerschaft anerkannt werden genauso wie ihre Mechanismen und Fähigkeiten, ihr Potential tatsächlich einzusetzen. UN-Generalsekretär Kofi Annan betont in seinem Bericht „Die Prävention bewaffneter Konflikte“, dass die Vorbeugung gewaltsam ausgetragener Konflikte nicht ohne aktive Mitwirkung der Zivilgesellschaft erfolgen kann. Die neue Partnerschaft wird dazu dienen, das von ihm benannte Prinzip anzuerkennen und darauf aufzubauen.-

7. Vorrang der örtlichen Verantwortung für den Konflikt (Ownership)

Vorrangig liegt die Verantwortung für Konfliktprävention bei den örtlichen Akteuren: Eine Schlüsselrolle kommt jenen örtlichen CSOs zu, die die direkt vom Konflikt betroffenen Bevölkerungsgruppen vertreten. Die Regierungen müssen ihrer Verantwortung für Schutz, für Gewalt-Vorbeugung und für den Aufbau einer Kultur des Friedens gerecht werden. Wenn eine Prävention dauerhaft sein soll, müssen die Menschen den Prozess als den ihren empfinden und nicht als von außen aufgedrängt. Im allgemeinen sollten Initiativen von ihnen selbst entwickelt und von außen nur unterstützt werden, indem auf den bereits vorhandenen Fähigkeiten aufgebaut wird. Die internationale Gemeinschaft – ausländische Regierungen, multilaterale Institutionen und internationale NGOs – sollten Freiräume schaffen und solche Prozesse fördern, die direkt betroffene Menschen darin bestärken, ihre eigenen Fähigkeiten auszubauen und Entscheidungen über die Art und Weise zu treffen, in der sie ihre Konflikte lösen wollen. Als allgemeine Regel gilt, dass ‚Außensteuer‘ vermeiden sollten, örtliche Initiativen zu ersetzen. Dort, wo noch keine demokratischen Institutionen existieren, sollte die internationale Gemeinschaft ihren Aufbau - unterstützen. Sie sollte auch die Einbeziehung aller wichtigen Gruppen in die Konfliktprävention und den Friedenssicherungsprozess fördern – besonders Frauen-, Jugend- und Minderheitengruppen, die bisher meist ausgeschlossen werden.

8. Politische Teilhabe und Gleichheit

Der Mangel an effektiver politischer Teilhabe ist oft eine der Grundursachen für Konflikte, denn diejenigen, die sich ausgeschlossen fühlen, versuchen unweigerlich ihre Interessen mit anderen

Mitteln durchzusetzen, manchmal mit Gewalt. Eine der schwierigen Aufgaben bei der Prävention oder Lösung von Konflikten ist das Schaffen von ausreichendem Vertrauen und von Vereinbarungen, denen die betroffenen Bevölkerungsgruppen ausdrücklich zugestimmt haben, um sicherzustellen, dass ein solcher Ausschluss überwunden wird und sich nicht wiederholt. Der Wille der Bevölkerung wird nur dann wirklich zum Ausdruck gebracht, wenn es wirksame Mechanismen für eine echte Beteiligung am Leben der Öffentlichkeit für die verschiedenen Teile der Gesellschaft gibt. Wenn Regierungen, internationale Institutionen und CSOs wirklich die menschliche Sicherheit fördern wollen, dann müssen sie sich vergewissern, dass ihre Aktionen die soziale Gerechtigkeit vergrößern und aktiv die Gleichbehandlung der Geschlechter fördern ebenso wie der Menschen mit unterschiedlichem politischen, ethnischen, religiösen, kulturellen, sozio-ökonomischen Hintergrund und andere Minoritäten. In Europa spielt das besonders für Einwanderer und Diasporagemeinden eine Rolle. Wir unterstützen nachdrücklich die Resolution 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen über ‚Frauen, Frieden und Sicherheit‘, die besonders den Einfluss des Krieges auf Frauen und den Beitrag von Frauen an der Konfliktlösung und an einem dauerhaften Frieden hervorhebt. Wir rufen die wichtigen Entscheidungsträger und -institutionen auf, die vollständige und konsequente Umsetzung dieser Resolution zu unterstützen.

9. Lernen aus der Praxis und Rechenschaftslegung

Damit wir unsere Arbeit effektiver ausführen können, müssen wir über sie nachdenken und das, was wir bei dieser Arbeit lernen, und die Art und Weise, wie wir es lernen, genau untersuchen. Wir müssen danach streben, reflektierende Praktiker zu werden: Wir müssen uns jederzeit unserer Rolle, unseres Auftrags und unseres jeweiligen Beitrags bewusst sein. Bei dieser Aufgabe können uns verschiedene Ansätze und Methoden leiten. Monitoring und Evaluation unserer Aktivitäten sind jedoch nur ein Ausgangspunkt für stärker verallgemeinerndes Lernen. Ein wesentliches Grundgerüst an Wissen über „best practices“ auf dem Gebiet der Konfliktprävention kann nur erarbeitet werden, wenn Praktiker die Verantwortung dafür übernehmen, das Wissen, das sie gewonnen haben, an diejenigen weiterzugeben, die wahrscheinlich einmal in der Zukunft ähnlichen Herausforderungen gegenüberstehen werden. Diese Aufgabe bildet einen wesentlichen Aspekt bei der Rechenschaftslegung nicht nur vonseiten der CSOs, sondern auch der Regierungs- und regierungsübergreifenden Institutionen und auf dem gesamten Gebiet der Konfliktbearbeitung. Dies wird auch eine wichtige Komponente beim Entwickeln von effektiven und verantwortlichen Partnerschaften zur Prävention sein, die CSOs, Regierungen und IGOs miteinander eingehen.

10. Nachhaltigkeit

Alles das, was oben erwähnt wurde, verbindet sich zu einem integrierten, ganzheitlichen und dauerhafteren Ansatz zur Konflikt-Vorbeugung. Einzig und allein durch einen allmählichen Wandel der Kultur in Richtung auf Prävention, Sicherheit für die Menschen, wirklichen Multilateralismus und neue Partnerschaften, „local ownership“ und das Einbeziehen von Menschen mit verschiedenem Hintergrund können Bemühungen um Konfliktprävention dauerhaft wirken. Die Hindernisse auf dem Weg zur Nachhaltigkeit sollten nicht unterschätzt werden und bedürfen anhaltender Bemühungen auf Seiten der CSOs und ihrer Partner in Regierungen und multilateralen Institutionen. CSOs haben seit jeher einen langen Atem bei der Konfliktprävention und Friedenssicherung gehabt. Ihrerseits brauchen sie aber mehr finanzielle Unterstützung, um ihre Nachhaltigkeit zu vergrößern.

Die Herausforderung besteht darin, in einem Umfeld dauerhaften Frieden zu erreichen., das gekennzeichnet ist durch einen Mangel an Konfliktsensibilität bei einer Reihe von Akteuren – geduldet oder befördert von Regierungen, und so sind zum Beispiel einige Teile der Handelspolitik und Investitionsförderung große Hindernisse auf dem Weg zur Prävention von Gewaltkonflikten. Mit dieser inkonsequenten Politik untergraben Regierungen und IGOs ihre eigenen Ziele: nachhaltige Entwicklung und Frieden. Deshalb müssen CSOs sicherstellen, dass das Eintreten für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit im Mittelpunkt ihrer eigenen Arbeit für dauerhaften Frieden steht. Darüber hinaus müssen alle offiziellen Akteure die CSOs beim Entwerfen eines breiteren politischen

Rahmens für Handel, Sicherheit und Entwicklung einbeziehen, weil solche Rahmenbedingungen strategisch mit den Zielen der Friedenssicherung zusammenhängen.

D. Schlüssel-Empfehlungen

1. an Organisationen der Zivilgesellschaft

Netzwerk-Arbeit

Effektivere Mechanismen und Ansätze sind nötig, um die Interaktionen zwischen den CSOs so zu vermehren, dass dadurch Erfahrungsaustausch, bessere Koordination und die Entwicklung gemeinsamer und einander ergänzender Strategien erleichtert werden. Im übrigen bedarf es einer Analyse bestehender Netzwerke, um aufzuzeigen wie sie besser die Funktionen erfüllen können, für die sie geschaffen wurden.

Aufbau von Koalitionen

Die Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict sollte sich zum Ziel setzen, größere Solidarität zwischen den CSOs zu entwickeln, damit sie an gemeinsamen Aufgaben effektiver zusammenarbeiten können. Das würde gemeinsame Initiativen zur Mobilisierung der Unterstützung von Prävention und Transformation von Gewaltkonflikten in der Öffentlichkeit erleichtern. Die Unterstützung durch die Öffentlichkeit ist wichtig, damit Regierungen den politischen Willen aufbringen, der Eskalation drohender Krisen rechtzeitig und auf wirksame Weise zuvorzukommen und die zugrunde liegenden Ursachen des Konflikts anzugehen.

Öffentliche Kampagnen in möglichst vielen europäischen Ländern

Die CSOs sollten öffentliche Kampagnen durchführen, um einerseits die Aufmerksamkeit auf die Folgen der Konflikte zu lenken und andererseits, um das Vertrauen in zivile Alternativen zu militärischen Interventionen aufzubauen. Diese Kampagnen sollten eine umfassende Medienstrategie betreiben, sie sollten weitere Allianzen anstreben, auch die mit einflussreichen Meinungsbildnern, und sie sollten Gelegenheit suchen, bei nationalen und regionalen Veranstaltungen für eine Kultur des Friedens einzutreten. Unser gemeinsames Ziel ist die Entwicklung einer europaweiten öffentlichen Veranstaltung kurz vor der Konferenz über die "Rolle der Zivilgesellschaft bei der Prävention bewaffneter Konflikte" im Juli 2005 im UN-Hauptquartier in New York

Erziehung für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit

Die CSOs sollten sich auf bisher gesammelte positive Erfahrungen stützen und durch ein in der Schule beginnendes, aktivierendes und auf Mitbestimmung basierendes Programm eine führende Rolle bei der Förderung der Kultur des Friedens auf allen Ebenen spielen. Unser Ziel sollte es sein, neue Unterstützerverkreise zu schaffen und Gruppen zusammenzubringen, die jetzt noch durch ethnische, sprachliche, religiöse, kulturelle und Geschlechter-Grenzen voneinander getrennt sind. Eine universale Priorität ist dabei die Ausbildung von Konfliktlösungsfähigkeiten auf allen Ebenen, wozu die Erziehung das umfassendste Mittel darstellt.

Frühwarnung und unmittelbare Reaktion

CSOs sollten ihre eigenen Frühwarn- und Frühreaktions-Mechanismen in den am meisten gefährdeten Ländern und Regionen einrichten und sich dabei auf die einzigartigen Kenntnisse der örtlichen Gruppen stützen. Ebenso sollten CSOs bei der Einrichtung und Betreuung ähnlicher, offizieller Mechanismen behilflich sein. Unser Ziel ist es, ein integriertes weltweites Netzwerk aus CSOs zu entwickeln, die zusammenarbeiten, um den politischen Willen zu einer effektiven frühzeitigen Reaktion zu mobilisieren..

Evaluation

CSOs, Regierungen und IGOs sollten zusammenarbeiten, um geeignete Rahmen und Mechanismen für Monitoring und Evaluierung auf diesem Gebiet zu entwickeln, so dass wir alle aus unseren Erfahrungen lernen und dementsprechend die besten Praktiken entwickeln können.

2. an Regierungen

Nationale Mechanismen und Einrichtungen zur Prävention gewaltsamer Konflikte

Die Fähigkeit eines Landes, Gewaltkonflikten im In- und Ausland zuvorzukommen oder sie zu lösen, könnte durch die Schaffung von nationalen Konfliktvorbeugungs-Mechanismen und gemeinsamen Plattformen gestärkt werden, die den Dialog zwischen allen Zuständigen ermöglichen, die sich den Aufbau eines aufeinander abgestimmten Politikrahmens und wirksamer Handlungsmechanismen zum Ziel gesetzt haben. Zwar müssen die Modalitäten in einzelnen Ländern noch von den Hauptakteuren diskutiert werden, jedoch sollten sie in jedem Fall auf dem Prinzip einer starken Beteiligung und eines starken Einflusses der CSOs gründen.

Zusammenwirkung von CSOs mit Geber-Regierungen

Wenn Regierungen Gewaltvorbeugung und Friedenssicherung planen, gleich ob innerhalb von Regierungsstellen oder diese übergreifend, sollten sie CSOs in die Situationsanalyse, die Planung und die Umsetzung einbeziehen. Die Interaktionen zwischen Regierung und CSOs sollten transparent sein, sie sollten akzeptierten Maßstäben und verifizierbaren Richtlinien unterliegen und sie sollten letztlich auf eine koordinierte abgestimmte Regierungspolitik, gemeinsame Initiativen und strategische Partnerschaften zielen.

Erschließung von Ressourcen

Wenn die Konfliktprävention in den Vordergrund gestellt werden soll, dann bedarf es mehr Ressourcen, die zudem effektiver verwaltet werden müssen. Wir brauchen wirksamere Finanzierungsregelungen, die sicherstellen, dass im Fall der Notwendigkeit von schnellen Reaktionen die Mittel sofort und zuverlässig verfügbar sind. Wir brauchen konsequente Rahmenstrategien, um eine dauerhafte Konflikttransformation zu bewirken und um die effektive Zuteilung der Ressourcen zu steuern, wenn wir dieses Ziel erreichen sollen.

Ziviler Friedensdienst

Zivile Friedensdienste veranschaulichen, wie CSOs sich aktiv an der Rekrutierung, dem Training und dem Einsatz qualifizierter Zivilisten bei Prävention gewaltsam ausgetragener Konflikte und Friedenssicherung beteiligen können. Wir rufen die nationalen Regierungen dazu auf, diese Initiativen zu unterstützen.

3. an die Europäische Union

Europäische Strukturreform zur Friedenssicherung

Wir rufen die Mitgliedstaaten, die EU-Institutionen und die CSOs zu einem ernsthaften Dialog über Strukturreformen auf, die der EU einen besser integrierten und effektiveren Ansatz zur Vorbereitung und Durchführung von kurzfristigem zivilen Krisenmanagement und langfristiger Friedenssicherung ermöglichen. Diese Reformen müssen Planung, Durchführung und Evaluation des Krisenmanagements und der Friedenssicherung umfassen, Rekrutierung, Training und Forschung eingeschlossen. Wir bitten die europäischen Regierungen eindringlich die Entwicklung von Zivilen Friedensdiensten zu unterstützen, die ein integraler Bestandteil der Ausweitung von Friedensbildungs-Kapazitäten sein können.

Frühwarnung

Die EU sollte ihre Frühwarnungsdienste dadurch verbessern, dass Vor-Ort-Informationen (aus dem "Feld") besser genutzt werden, um die Analyse entstehender Konfliktsituationen bei den Mitgliedsstaaten zu unterstützen. Diese sollten dann in den Frühwarnprozess der EU eingegeben werden und Aktionen auslösen. Es ist wichtig, dass die EU-Delegationsleiter, die speziellen EU Repräsentanten und die Mitgliedsstaaten Informationen von einer großen Anzahl von CSOs beziehen, damit die Entwicklung von Präventions-Strategien unterstützt wird, die dann auch in die Strategiepapiere der Länder eingehen. Die EU sollte zivile Kontaktstellen („focal points“) bei den offiziellen Delegationen einrichten, um sicherzustellen, dass diese Konsultationen tatsächlich stattfinden.

Gegen den Waffenhandel

Die EU sollte das Engagement der Zivilgesellschaft bei der Entwicklung und Umsetzung nationaler und regionaler Aktionspläne unterstützen, die die Weitergabe von Kleinwaffen und leichten Waffen einschränken. Außerdem sollte die EU die Mechanismen bedeutsamer Konsultationen mit der Zivilgesellschaft stärken, um ein wirksames europäisches Export-Kontroll-System zu schaffen. Dies sollte sicherstellen, dass Waffen und Sicherheitsausrüstung aus der EU nicht Auseinandersetzungen verschärfen und damit Entwicklungsstrategien und Menschenrechte untergraben.

Die Zivilgesellschaft als alternativer Ansatzpunkt bei Krisen in Staaten und Regionen

Die EU Sicherheitsstrategie betont, dass das Versagen von Staatsführungen die wichtigste Bedrohung für die Sicherheit darstellen. Die EU sollte deshalb anerkennen, dass die Zivilgesellschaft in diesen Situationen oft eine Schlüsselrolle spielen kann. Die EU sollte die Mobilisierung dieser sozialen Ressourcen auf allen Ebenen unterstützen, auch durch politische Begleitung und finanzielle Unterstützung auf örtlicher und nationaler Ebene und dadurch, dass sie auf internationaler Ebene konstruktiv mit Diasporagruppen zusammenarbeitet.

Engagement der Zivilgesellschaft beim politischen Dialog

Die EU sollte den Dialog zwischen sich und der Zivilgesellschaft über das gesamte Spektrum ihrer Außenpolitik entwickeln und vertiefen. Dies sollte z.B. auch, wenn das angemessen erscheint, die Beteiligung der Zivilgesellschaft in Versammlungen des Politischen und Sicherheitskomitees (PSC) und des Komitees für Zivile Aspekte des Krisenmanagements (CIVCOM) einschließen. Dialoge zwischen Delegationen der Europäischen Gemeinschaft, den Mitgliedsstaaten und Akteuren der Zivilgesellschaft "im Feld" sollten z.B. durch das Schaffen von zivilgesellschaftlichen Kontaktstellen in offiziellen Delegationen der EG verstärkt werden.

Unterstützung von Netzwerken der Zivilgesellschaft und von Engagement in regionalen Organisationen

Die EU sollte die Basisnetzwerke der Zivilgesellschaft auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene stärken, damit diese sich bei der Vertrauensbildung, beim "capacity building" beim Monitoring und "Awareness-Raising" engagieren und sich in die EU-Politik und -Programmgestaltung einbringen können. Das sollte auch die Unterstützung bei der Institutionalisierung einer Teilhabe der Zivilgesellschaft an regionalen und sub-regionalen Friedens- und Sicherheitsstrukturen einschließen.

Angehen von Konflikten innerhalb der EU

Die EU sollte ein europaweites 'Pilot'-Aktionsprogramm finanzieren, durch das Gebieten geholfen wird, die von Konflikten bedroht sind oder die gerade Konflikte hinter sich haben. In dem Programm sollte alles zusammengetragen werden, was aus dem nordirischen Friedensprozess, aus Konfliktlösungen in anderen Regionen der EU und im weiter gefassten Europa gelernt wurde. Das Programm sollte die Interaktionen und die Problemlösung zwischen CSOs und allen wichtigen

Akteuren erleichtern. Es sollte sich auf Mechanismen zum Umgang mit Ressourcen und Bedürfnissen der CSOs (auf allen Ebenen) konzentrieren, um

- Maßnahmen zur Gewaltvorbeugung,
 - nachhaltige Friedensprozesse und
 - Transformation nach einem Konflikt
- zu ermöglichen..

4. an die Vereinten Nationen

Die Fähigkeit der Vereinten Nationen zur Konfliktprävention und zur Interaktion mit der Zivilgesellschaft sollte auf allen Ebenen gestärkt werden, vom Sekretariat bis zu den Länder-Teams. Die vorhandenen menschlichen und wirtschaftlichen Ressourcen sollten für die Verbesserung existierender Strukturen und von Konfliktprävention benutzt werden. Außerdem werden Strategien gebraucht, die bei den Vereinten Nationen insgesamt die Vorbeugung zum Hauptthema machen. Diese Bündelung ist zwar wichtig, aber sie genügt nicht.

In Betracht gezogen werden muss auch die Einrichtung neuer Mechanismen - besonders solcher, die mit Frühwarnung und rechtzeitiger Reaktion zu tun haben -, damit die Interaktionen zwischen Zivilgesellschaft und den Vereinten Nationen verstärkt werden. Das sollte sowohl im UN-Hauptquartier als auch "im Feld" geschehen, um die örtlichen Kapazitäten zum Friedensaufbau zu unterstützen.

Kontaktstellen

Wir rufen die Besonderen Vertreter des Generalsekretärs (Special Representatives of the Secretary-General) und/oder die Örtlichen Koordinatoren (Resident Coordinators) dazu auf, regelmäßige und transparente Interaktionen zwischen örtlichen und/oder internationalen CSOs und den UN-Länder-Teams einzurichten sowohl zur Frühwarnung und zum Informationsaustausch als auch zur Entwicklung zusätzlicher Strategien für Friedensaufbau, die dem Ausbruch oder Wiederaufflammen von Gewalt zuvorkommen.

Früh-Warnungs- und Früh-Reaktions-Mechanismen

CSOs sollten mit der Führungsagentur im UN-Sekretariat zusammenarbeiten und ebenso mit den regionalen Büros des UN-Entwicklungsprogramms, dem Büro für Koordination Humanitärer Angelegenheiten (Office for the Co-ordination of Humanitarian Affairs) und dem UN-Zentrum für Menschenrechte, um einen effektiven Frühwarnungs- und -reaktionsmechanismus zu entwickeln, durch den grundlegende Ursachen analysiert und Präventivstrategien für mögliche Konfliktsituationen erdacht werden. Formelle Vereinbarungen, auch Memoranden zur Verständigung, könnten dazu beitragen, diese Zusammenarbeit zu stärken und sicherzustellen, dass diese Mechanismen sich auf die einzigartigen Kenntnisse aller wichtigen Akteure stützen. Die Möglichkeiten für ein gemeinsames Training in Frühwarnung von UN- und CSO-Mitarbeitern sollten geprüft werden. Damit könnte gemeinsames Wissen geschaffen und das Potential fester Arbeitsbeziehungen gestärkt werden.

Spezialistenteams

Ein internationales Kontingent unbewaffneter Friedensspezialisten sollte für den kurzfristigen Einsatz durch die UN aufgestellt werden. Mediatoren, Spezialisten aus der akademischen Welt und Mitglieder von CSOs können in einem gemeinsamen Training das notwendige Wissen und die notwendigen Fähigkeiten erwerben. Diese Einsätze könnten mit dem Zivilen Friedensdienst verbunden werden, der in einigen Ländern entwickelt wurde..

Strategisches Zusammenwirken

Die aktive Rolle der vorhandenen UN-Gruppe für die Vorbeugung gewaltsam ausgetragener Konflikte (UN inter-agency group on Conflict Prevention) soll gestärkt werden. Diese Gruppe sollte in Absprache mit CSOs Präventionsstrategien für die UN und für Regierungen entwickeln.

Einschätzung von Nachkriegssituationen

Bei der Beobachtung von Nachkriegssituationen und der Erfassung dringender Bedürfnisse vor Ort sollte sich das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) von Anfang an mit CSOs beraten, um im Rahmen des ‚Post-Conflict Needs Assessment‘ (PCNA) effektive Strategien und Programme entwickeln und verwirklichen zu können, die einen dauerhaften Friedensaufbau stärken und vervollständigen.

Kultur des Friedens

Auf dem Gebiet der Kultur des Friedens liegt die Hauptaufgabe darin, die Resolution der UN-Generalversammlung GA/RES/53/243 und das Programm der ‚Action on a Culture of Peace‘ wirksam umzusetzen. Es klafft eine Lücke zwischen den Absichten, die in der Resolution ausgedrückt werden, und der Umsetzung der Resolution. Wir rufen die UN auf sicherzustellen, dass die Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten optimiert wird und dass nationale Regierungen wegweisend die Verantwortung für die Umsetzung übernehmen, sowohl politisch als auch die Finanzierung betreffend.

Wechselbeziehungen zwischen dem UN- Sicherheitsrat und CSOs

Es könnten regelmäßige informelle Dialoge und die Übermittlung von Dokumentationen zwischen CSOs und einer auf Expertenniveau zur Vorbeugung arbeitenden Gruppe des Sicherheitsrates veranlasst und von einem führenden Mitgliedsstaat geleitet werden. Der Arria-Formel-Mechanismus sollte bei Routine-Interaktionen zur Konfliktprävention zwischen CSOs und dem Sicherheitsrat besser genutzt werden. Der Sicherheitsrat sollte sich während der fact-finding-missions mit örtlichen und international spezialisierten CSOs beraten und ihre Einbeziehung in vorbeugende, durch ihn autorisierte Aktivitäten sicherstellen.

Gremien auf hoher Ebene

Die Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict / GPPAC wird sich um eine Verbindung bemühen zu dem vom UN-Generalsekretär berufenen Gremium ‚of Eminent Persons on Civil Society and United Nations Relationships‘ und dem ‚UN High Level Panel on Global Security Threats, Challenges and Change‘. Wir werden die Empfehlungen der Gremien verbreiten und die CSOs um Feedback zu diesem Vorgehen bitten.

Weitere Informationen:

European Centre for Conflict Prevention (ECCP), International Secretariat of the Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict

Korte Elisabethstraat 6, PO Box 14069, 3508 SC Utrecht, The Netherlands

Tel: +31-30-242 7777 Fax: +31-30-236 9268

Email: info@conflict-prevention.net Website: www.conflict-prevention.net

Übersetzt und herausgegeben vom

BUND FÜR SOZIALE VERTEIDIGUNG + FORUM ZIVILER FRIEDENSDIENST

Schwarzer Weg 8, 32423 Minden
0571/29456 Fax 0571/23019
www.soziale-verteidigung.de

+
+
+

Wesselstr 12, 53117 Bonn
0228/9814515 Fax 9814517
www.friedenbrauchtFachleute.de

Minden + Bonn 2004